

Steuervorlage spaltet die Schweiz

Renten Die Schweizer AHV machte im vergangenen Jahr ein Minus von 2,2 Milliarden Franken. Nun versucht die Schweiz, das Loch mit der AHV-Steuervorlage zu stopfen. Wirtschaftsverbände sprechen sich dafür aus, während die Stimmung bei den Bürgern durchwachsen ist.

VON DOROTHEA ALBER

Die Schweizer AHV könnte eine Finanzspritze dringend gebrauchen. Letztes Jahr gab sie deutlich mehr Geld für Renten aus, als sie an Beiträgen eingenommen hat. Das sogenannte Umlageergebnis lag 1,038 Milliarden Franken im Minus. Hinzu kommt ein Verlust auf den Anlagen des AHV-Ausgleichsfonds von 1,233 Milliarden Franken. Unter dem Strich schrieb die AHV damit einen Verlust von 2,22 Milliarden Franken. Damit leert sich auch der AHV-Ausgleichsfonds schneller als erwartet.

AHV-Steuervorlage

Am 19. Mai kommt das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Staf) an die Urne. Was als Begriff so sperrig daher kommt, ist ein Sammelsurium von drei verschiedenen Themen, für die aber Handlungsbedarf besteht. Erstens geht dabei um die Steuervergünstigungen für Holding- und andere Spezialgesellschaften. Diese Unternehmen versteuern im Ausland erzielte Gewinne in den Kantonen kaum oder gar nicht. Im Nachgang zur Finanzkrise geriet dieses Steuerregime unter Druck von EU und OECD.

Diese Steuerprivilegien sollen mit der Reform abgeschafft werden. Für 24 000 betroffene Unternehmen steigt die Steuerbelastung ihres Gewinnes damit aber sprunghaft. Es handelt sich zumeist um multinationale Konzerne. In der Schweiz sind sie für rund 150 000 Arbeitsplätze sowie fast die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes verantwortlich. Neue Vergünstigungen wie die Patentbox und zusätzliche Forschungsabzüge sollen verhindern, dass diese Unternehmen in Länder mit attraktiveren Steuersätzen abwandern. Die Gewinnsteuersätze sollen zudem für alle Unternehmen sinken.

Zum Zweiten werden aber die steuerfreien Rückzahlungen von Kapitaleinzahlungen und die Teilbesteuerung von Di-



Mit der AHV-Steuervorlage in der Schweiz sollen zwei Milliarden Franken jährlich in die AHV fließen.

Bild: Keystone

videnden eingeschränkt. Eine klare Ja-Parole hat der Vorstand der Industrie und Handelskammer St. Gallen-Appenzell gefasst. «So ist die Verknüpfung der beiden sachfremden Themen unschön, letztlich aber notwendig, um die Schweiz im wichtigen Steuerdossier weiterzubringen», schreibt Robert Stadler als stellvertretender Direktor.

Die Vorlage löse endlich die drängende Herausforderung der Firmenbesteuerung. Das Steuerumfeld für die mittelstandsdominierte KMU-Landschaft werde attraktiver gestaltet. Auf der anderen Seite leiste die AHV-Steuervorlage einen Beitrag an die nötige

Stabilisierung der AHV, auch wenn der IHK-Vorstand klar der Meinung ist, dass für die strukturellen Herausforderungen bei der Altersvorsorge auch strukturelle Reformen nötig sind. Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband setzen sich ebenfalls für ein Ja zur AHV-Steuervorlage ein.

Das dritte Element der Vorlage ist nämlich eine Finanzspritze von jährlich 2 Milliarden Franken für die AHV. Auf den gleichen Betrag werden unter dem Strich die Kosten der neuen Steuervergünstigungen geschätzt. Die Verknüpfung von Steuerreform und AHV lässt

sich nur vor dem Hintergrund der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III verstehen. Auch diese sollte die Abschaffung kantonaler Steuerprivilegien mit neuen Vergünstigungen für alle Unternehmen abfedern. Für die Finanzierung der zusätzlichen 2 Milliarden für die AHV werden die Lohnbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern um je plus 0,15 Prozentpunkte sowie die Bundesbeiträge auf 800 Millionen Franken jährlich erhöht.

Ein labiles Ja

Hätten die Stimmberechtigten am 29. März über die AHV-Steuervorlage

(Staf) entschieden, so hätten laut der unlängst veröffentlichten SRG-Umfrage 54 Prozent ein Ja in die Urne geworfen. 37 Prozent sind laut der vom Forschungsinstitut Gfs im Auftrag der SRG durchgeführten Umfrage gegen den AHV-Steuerdeal. Für viele Schweizer ist ein Argument, dass Privatleute in die Bresche springen müssen. Die Unternehmenssteuern werden ohne Not für alle Firmen gesenkt, so sagen Kritiker. Sie fühlen sich benachteiligt. Zahlen dürfe diese Steuerausfälle der Stimmbürger, durch eine höhere private Steuerrechnung.

Der Steuer-AHV-Deal, der im Mai an die Urne kommt, führt bei der weiteren Sanierung der AHV zu einer Verzögerung. Eine Volksabstimmung über die Rentenreform in der Schweiz war im Jahr 2017 gescheitert. In einer Nachbefragung zur Abstimmung war der Zuschlag von 70 Franken für Neurentner der am häufigsten genannte Grund für ein Nein.

Pro und Kontra der AHV-Reform

Drei Argumente dafür

Die Rentensicherheit verbessert sich für die Schweizer. Die Abwanderung von Unternehmen und der Verlust von Arbeitsplätzen wird verhindert. Die Schweiz gerät nicht als Steuer-oase ins Kreuzfeuer der Kritik.

Drei Argumente dagegen

Die Steuerprivilegien für Firmen führen zu Steuerausfällen. Eine strukturelle Reform der Altersvorsorge wird aufgeschoben. Die Verknüpfung zweier sachfremder Themen ist nicht nur unglücklich, sondern «undemokratisch».

MARKTKOMMENTAR VON SALMANN INVESTMENT MANAGEMENT

Aufblühen

VON ALFRED ERNST*

Wen zerronnen, so gewonnen» könnte man zur Entwicklung der Börsen im ersten Quartal kalauern. Allen voran waren es die Aktien, welche rasch damit begannen, die Schreckensbotschaften aus den Depot-Auszügen des vergangenen Jahres zu relativieren. Obligationen, Gold und alternative Anlagen trugen ebenfalls dazu bei, das Wohlbefinden der Investoren stetig zu verbessern.

Wohlbefinden? Nun – nicht nur! Der Blick auf die Welt war und ist nicht dazu angetan, dass sich ohne Wenn und Aber ein wohliges Gefühl der Geborgenheit breit machen würde. Es gibt einiges, worüber sich Anlegerinnen und Anleger trotz der breiten Kurserholung sorgen können.

Konjunkturdelle oder Rezession?

Da ist einmal die Verlangsamung der Konjunktur. In den USA ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) im vierten Quartal 2018 annualisiert noch um 2,6 Prozent gewachsen, verglichen mit 3,4 Prozent im dritten Quartal. Kapitalinvestitionen sowie die höheren Einzelhandelsumsätze waren positive Faktoren, wogegen der Verwaltungsstillstand Sand im Getriebe war. Nun lauten die Prognosen auf 2,4 Prozent Wachstum im laufenden und 1,9 Prozent im folgenden Jahr. Überflüssig zu erwähnen, dass die Vorhersagen des Weissen Hauses natürlich deutlich höher liegen, nämlich bei je etwa 3,2 Prozent.

Anderorts wurden die Erwartungen ebenfalls eingedampft. Mit Argusaugen beobachten die Auguren China. Dort wird jetzt noch eine Expansion von knapp über 6 Prozent für möglich gehalten. Immerhin scheint die chinesische Führung gewillt zu sein, sich gegen eine zu starke Abkühlung zu stemmen. Steuersenkungen, die Verringerung der Sozialabgaben sowie eine lockere Geldpolitik sollen es richten. Erste Anzeichen, etwa die neuesten Zahlen des Einkaufsmanager-Index, weisen darauf hin, dass sich die Konjunktur stabilisiert.

Auch in der EU und in der Schweiz werden kleinere Brötchen gebacken. Für die Schweiz lauten die Prognosen der vom Datenanbieter Bloomberg gesammelten Schätzungen 1,3 und 1,6 Prozent (das Schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaft, Seco, zielt noch tiefer), für die EU auf 1,5 bzw. 1,6 Prozent. Angesichts der langsameren Gangart, die sich auch in der ruhigen Entwicklung der Rohstoffpreise spiegelt, ist Inflation kein Thema. Im Gegenteil, in den Notenbanken scheint die Angst vor Deflation jüngst wieder aufgeflackert zu sein. Das Verhalten der Zentralbanker weist aber darauf hin, dass man alles unternehmen will, um nichts anbrennen zu lassen. Zu diesem Zweck setzen sie weiterhin auf tiefe Leitzinssätze.

Zinsen sorgen für Gesprächsstoff

Die US-Notenbank (Fed) hat auf eine weitere Erhöhung der Fed-Funds-Sätze verzichtet und signalisiert, dass sie auch



Die Börsen spüren den Frühling, doch Vorsicht bleibt geboten.

Bild: iStock

in den folgenden Monaten zurückhaltend agieren wolle. Ende 2018 war noch von zwei Erhöhungsschritten im Jahr 2019 die Rede gewesen. Die Erwartung unveränderter Sätze für den Rest des Jahres ist auch im Markt verankert. Einzelne Beobachter sehen sogar die Möglichkeit einer Senkung gegeben.

Beim Abbau ihrer Bilanz hat Fed-Chef Jerome Powell zudem den Ausstieg vom Ausstieg verkündet. Bis jetzt hat die Zentralbank jeden Monat fällige Obligationen im Wert von 30 Milliarden US-Dollar nicht erneuert. Ab Mai will sie dies nur noch mit 15 Milliarden tun, und ab dem vierten Quartal sollen dann alle Fälligkeiten am Markt reinvestiert werden.

Unter dem Strich bedeutet dies, dass das Federal Reserve dem Obligationenhandel wieder stärker unter die Arme greifen will, um einen Anstieg der Renditen zu verhindern. Damit nähert sich sein Verhalten dem des europäischen Pendanten EZB an, wobei die europäische Währungshüterin noch expansiver agiert und damit ihre Politik des ultrabiligen Geldes fortsetzt.

Für Aufregung sorgt zudem, dass die amerikanische Zinskurve invers geworden ist. Kurzfristige Papiere rentieren somit mehr als langfristige. Inverse Zinskurven gelten als relativ zuverlässiges Warnsignal vor einer kommenden Rezession. Den letzten fünf wirtschaftlichen Kontraktionen in den USA ging

eine solche Konstellation voraus. Allerdings sind in der Vergangenheit dann noch zwischen 12 und 25 Monate verstrichen, bevor es tatsächlich zu einer Rezession kam (definiert als zwei aufeinanderfolgende Quartale mit Null- oder negativem Wachstum). In der Zwischenzeit kann also noch allerhand passieren, Positives wie Negatives.

Im Übrigen entwickeln sich die Finanzmärkte ja längst nicht immer so, wie man es mit Blick auf Konjunktur und Politik erwarten würde. Ein gutes Beispiel dafür liefert Grossbritannien. Verfolgt man die Unterhausdebatten und Abstimmungsergebnisse, müsste man vermuten, dass es mit Pfund und Börse nur in den Keller gehen kann. Doch weit gefehlt! Im ersten Quartal hat die britische Währung gegenüber Dollar, Franken und Euro Boden gutgemacht. Der Index der Londoner Börse ist um gut 10 Prozent gestiegen.

Unsere Asset-Allokation ist im ersten Quartal unverändert geblieben. Wir gewichten Aktien neutral, aber höher als Obligationen und andere Anlageinstrumente, und behalten eine gewisse Liquiditätsreserve bei.



*Alfred Ernst ist Direktor und Kundenbetreuer bei Salmann Investment Management, Vaduz